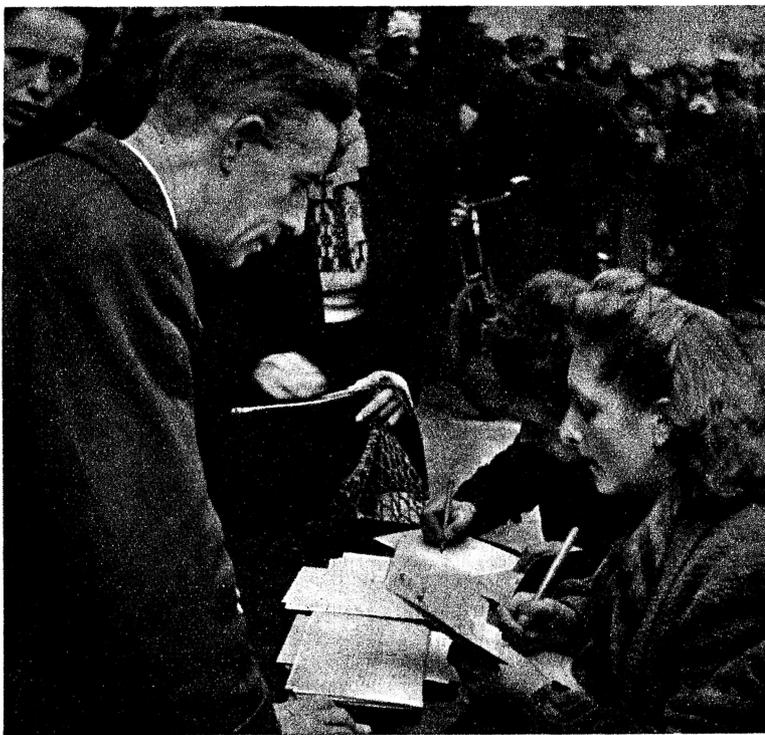


an. Es gibt ja nicht nur Richter, die hier und dort Schieber laufen lassen, sondern es gibt noch viel mehr berufsmäßige Schieber und Spekulanten, die nie einem Richter vorgeführt werden, weil kein Kläger da ist.

Wir können und dürfen die Bekämpfung des Schwarzhandels nicht nur als eine Polizeimaßnahme oder eine Aufgabe der Behörden betrachten, sondern *sie ist eine politische Aufgabe*. Wie richtig diese Feststellung ist, beweist eine Statistik bezüglich des Kampfes gegen Preistreiberei. Die Preisüberwachungsstellen in der Ostzone haben in einem Vierteljahr 20 000 Preisverstöße festgestellt. In derselben Zeit wurden von der gesamten Bevölkerung nur 11 000 Anzeigen erstattet. Man überlege, 1800 Preisprüfer stellten rund 20 000, und 17 Millionen Einwohner der Ostzone nur 11 000 Preisunregelmäßigkeiten fest! Wer Kenntnis über Schiebereien und Preistreibereien hat und eine Anzeige unterläßt, macht sich mitschuldig an solchen Zuständen und trägt dazu bei, unsere Notlage zu erschweren. Natürlich muß man wohl zu unterscheiden wissen zwischen den kleinen Leuten, die für sich und ihre Kinder geringe Mengen Lebensmittel zusätzlich beschaffen, und denen, die sich durch fortgesetzten Kauf und Verkauf oder durch unberechtigte Entnahme aus ihnen anvertrauten Lagern Riesensummen ergaunern und unsere Wirtschaft schädigen. Unsere Partei muß mehr als bisher den Kampf gegen jede Form des Schwarzhandels führen. Im Falle Greifswald haben wir zum Beispiel nichts davon gehört, daß die SED oder die Blockparteien gemeinsam Protestkundgebungen gegen das angeführte Schandurteil mit der Forderung durchgeführt hätten: Dieser Richter muß

sollten bezüglich der Schwarzmarkt bekämpfung überall konkrete Vereinbarungen getroffen und die Maßnahmen gemeinsam durchgeführt werden. 6. Von den Landtagen ist zu fordern, daß die noch fehlenden gesetzlichen Unterlagen zur Schwarzmarkt bekämpfung schnellstens beschlossen werden.

Es gibt schon eine Anzahl Beispiele dafür, wie Parteiorganisationsgruppen, Massenorganisationen oder Betriebsräte in den Betrieben mit wirksamen Maßnahmen gegen den Schwarzmarkt vorgehen. So berichtete die „Landeszeitung“ Schwerin am 16. Mai 1947, daß eine Betriebsrätekonferenz zum Kampf gegen den Schwarzmarkt Stellung nahm und unter anderem folgendes erklärte wurde: „Viel erfolgversprechender zur Beseitigung dieses schweren Übels ist die Verstopfung jener Kanäle, durch die Mangelware aller Art von Schiebern und Schwarzhändlern zu Überpreisen hintenherum an den Mann gebracht wird. Die Arbeiterschaft ist interessiert an diesen Maßnahmen, und ihre Vertreter, die Betriebsräte, haben gesetzlich das Recht zur Ausübung einer Kontrolle.“ Wir haben auch gelesen, daß die Bauern in einem Dorf beschlossen haben, die freien Spitzen nicht an Schieber zu verkaufen, sondern nur an die Verbraucherorganisationen abzugeben. Dieser Beschluß wird jedem, der das Dorf betritt, durch Plakataushang bekanntgemacht. Der Parteitag hat seine Beschlüsse der gesamten Partei bis in die kleinste Einheit zur Durchführung übertragen. Dazu gehört auch der Kampf gegen Schieber und Spekulanten. Nicht vergeblich darf der Zweite Parteitag die Feststellung getroffen haben: „Die Ostzone muß zur Hölle für Schieber und Spekulanten werden!“ **Willi Barth**



Links: Ausschnitt aus einer Großrazzia im Sdtieberparadies am Kurfürstendamm in Berlin.

Unten: Ein raffiniert getarntes Lager im Keller der Fa. B. Th. Walter in Zwickau enthielt etwa 10000 Paar Schuhe und andere Fußbekleidung, die leider einen von den Betriebsräten der Schuhfabriken unkontrollierten Weg genommen hatten, also dem Schwarzhandel in die Hände fielen.

(Aufn. AON, Berlin)

(Aufn. Dresdner Bilderdienst)



weg! Wir dürfen auch nicht versäumen, korrumpierte Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen haben und die natürlich den Kampf gegen die Schieber sabotieren, unverzüglich aus der Partei hinauszuerwerfen.

Viel stärker als bisher müssen konkrete Maßnahmen gegen die Schwarzmarkt-Volksschädlinge ergriffen werden. Dazu gehört: 1. In den Betrieben muß der Kampf gegen Kompensation, Bestechlichkeit und Korruption zur Aufgabe der ganzen Belegschaft gemacht werden. 2. Die Betriebsräte sollten sich mehr als bisher darum kümmern, an wen und zu welchen Bedingungen der Betrieb seine Produkte verkauft, und sie sollten dann der Belegschaft Bericht erstatten. 3. Die Volkskontrolle muß sich auch auf die verschiedenen Zweige der Verwaltungen erstrecken. 4. Mehr als bisher müßte die Bevölkerung in Stadt und Land in Gemeinschaft mit der Volkspolizei Spekulanten- und Schieberhöhlen ausheben helfen, 5. Zwischen den Blockparteien und Massenorganisationen